



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster, Reinhold Strobl, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Margit Wild SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;  
hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite  
(Kap. 05 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die 604 Stellen aus der sog. demografischen Rendite, die zum 1. August 2015 für die Beschulung von jungen Flüchtlingen und Asylbewerbern verwendet worden sind, werden in zwei Schritten, zum 1. Januar 2016 (12.080,0 Tsd. Euro) bzw. zum 1. September 2016 (4.027,0 Tsd. Euro), zurückgeholt und im Kap. 05 21 neu geschaffen.

Das Haushaltsgesetz wird entsprechend geändert, der entsprechende Änderungsantrag wird vorgelegt.

Die dafür nötigen Mittel in Höhe von insgesamt 16.107,0 Tsd. Euro werden in den Schulkapiteln 05 12 – 05 19 jeweils im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter) eingestellt.

### Begründung:

Die Integration von jungen Asylbewerbern und Flüchtlingen über Bildungsangebote ist eine unbestrittene Notwendigkeit. Insbesondere das schnelle Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für Schulerfolg und Einstieg in eine berufliche Ausbildung. Unbestritten ist auch, dass die Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen eine personalintensive Herausforderung darstellt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die notwendigen Lehrerstellen über zusätzliche Mittel zu finanzieren und von Anfang an keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass die Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen nicht zu Lasten des allgemeinen Unterrichts gehen darf. (Dringlichkeitsanträge Drs. 17/7551 und Drs. 17/7358).

Durch den erheblichen Zuwachs an Schülerinnen und Schülern, hervorgerufen insbesondere durch die ständig steigende Zahl der jungen Flüchtlinge, sah sich die Staatsregierung im Juli 2015 veranlasst, aus der sog. demografischen Rendite in Höhe von 1.125 Stellen zum Schuljahresbeginn 2015/2016 insgesamt 604 Stellen für die Beschulung von jungen Asylbewerbern und

Flüchtlingen in den Grund-, Mittel- und Berufsschulen sowie für die Verbesserung der Deutsch-Förderkurse zu nehmen. Somit stehen diese 604 Stellen nicht mehr für „weitere Verbesserungen“ (Zitat aus Kap. 05 21) in den rund 5.000 Schulen in Bayern, insbesondere für den Ausbau der Ganztagsklassen und die individuelle Förderung, zur Verfügung.

Allein für die von Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung 2013 angekündigten Aufgaben wie Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen, Ausweitung der individuellen Förderung, zügige Umsetzung der Inklusion und Erhalt der kleinen Grundschulklassen wird jede Stelle aus der demografischen Rendite benötigt. Weitere Verbesserungen warten auf ihre Umsetzung.

Denn immer noch,

- gibt es allein an den Realschulen über 700 Klassen mit 30 und mehr Schülern, obwohl schon im Koalitionsvertrag 2008 eine Klassenhöchstgrenze von 30 vereinbart wurde;
- wurde die vor Jahren versprochene Absenkung der Klassenhöchstgrenze in der 1. Klasse der Grundschule auf 25 Schüler nicht umgesetzt;
- fällt immer noch zu viel Unterricht aus, weil die mobile Reserve bzw. die integrierte Lehrerreserve zu gering ist;
- ist die mehrmals versprochene Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter die Verbesserung bei den Zuteilungsrichtlinien der Verwaltungsangestellten nicht umgesetzt;
- sind insbesondere die Grund- und Mittelschulen von der oftmals notwendigen 2-Pädagogen-Besetzung weit entfernt;
- gibt es für den Erhalt der kleinen Mittelschulen im ländlichen Raum kein Extrabudget innerhalb der Mittelschulverbände;
- kann in den beruflichen Schulen der stundenplanmäßige Unterricht nicht gewährleistet werden;
- leiden insbesondere die Beruflichen Oberschulen (FOS/BOS) unter einer mangelnden Grundversorgung;
- gibt es keinen systemischen Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule (z.B. ausreichend Vorkurse zum Spracherwerb und Übergangsmanagement).

Da die 604 Stellen aus der demografischen Rendite im Vollzug für die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern verwendet wurden, müssen diese 604 Stellen nunmehr neu geschaffen werden.